

07.09.2010

Antrag

**der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Bundesregierung muss Kürzung der KfW-Programme bei der Gebäudesanierung zurücknehmen

I. Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest:

1. Für das Beheizen unserer Wohnungen wird immer noch viel mehr Energie verbraucht, als dies bei optimalen energetischen Gebäudestandards erforderlich wäre. Mit einer besseren Wärmedämmung könnte der Energieverbrauch hier deutlich reduziert werden. Allein in NRW müssen ca. 85 % der 8,3 Millionen Wohnungen energetisch saniert werden. Der energetischen Gebäudesanierung fällt somit eine zentrale Rolle beim Klimaschutz zu. Einer der wichtigsten Kreditgeber für die energetische Gebäudesanierung ist die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW). Die Programme der KfW können mit attraktiven Bedingungen für viele Bürgerinnen und Bürger überhaupt erst den Anreiz schaffen, in eine energetische Gebäudesanierung zu investieren.
2. Die bisherigen KfW-Gebäudesanierungsprogramme sichern und schaffen langfristig ausgerichtete Arbeitsplätze, lösen über sekundäre Nachfrageimpulse zusätzliche Wertschöpfung aus. So flossen im Jahr 2009 1,8 Mrd. € aus KfW-Programmen für die energetische Gebäudesanierung nach NRW. Das entspricht mehr als 135.000 geförderten Wohneinheiten. Allein mit dem KfW-Programm „Einzelmaßnahmen“ (z. B. Dämmung, Heizungserneuerung, Fensteraustausch oder Lüftungseinbau) wurde in unserem Bundesland die Sanierung von 42.745 Wohneinheiten bei einem Kreditvolumen von 499 Mio. € ermöglicht. Jeder Förder-Euro löst dabei 8 Euro Investitionen aus. Die Programme finanzieren sich damit schon über höhere Mehrwertsteuereinnahmen selbst - wie auch Studien der Bundesregierung belegen. Expertenschätzungen zufolge sichert bzw. schafft jede in die energetische Gebäudesanierung investierte Milliarde Euro 18.000 bis 21.000 Arbeitsplätze.
3. Zum 01.09.2010 reduziert die KfW ihre Programme „Energieeffizient Sanieren“ erheblich. So wird der Programmbereich „Einzelmaßnahmen“ komplett gestrichen. Sondermaßnahmen wie der Austausch von Nachtspeicheröfen werden ebenfalls nicht

Datum des Originals: 07.09.2010/Ausgegeben: 07.09.2010

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

mehr gefördert. Verantwortlich für die Verschlechterungen in den KfW-Programmen ist die Bundesregierung, da sie Haushaltsmittel in diesem Bereich von 2,2 Mrd. Euro im Jahr 2009 auf 1,35 Mrd. Euro für das Jahr 2010 zusammengestrichen hat. Im nächsten Jahr sollen es nach den Haushaltsplanungen der Bundesregierung sogar nur noch 450 Mio. Euro sein. Diese Kürzung um ca. 75 % bedroht Fortschritte bei der Gebäudesanierung, im Klimaschutz und gefährdet Arbeitsplätze im Mittelstand.

4. Dies steht in eklatantem Widerspruch zu den Vorgaben des Berliner Koalitionsvertrages von CDU und FDP vom 26. Oktober 2009. Denn hier heißt es: *„Wir werden das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm wirkungsvoller ausgestalten, um die derzeitige Sanierungsquote zu steigern.“* Diese Aussage zur Gebäudesanierung muss auch weiterhin gelten.
5. Nordrhein-Westfalen kommt in Hinblick auf die Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen eine besondere Bedeutung zu. Gerade NRW, das für mehr als ein Drittel des deutschlandweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist, trägt eine besondere Verantwortung für die Senkung des Energieverbrauchs. Ohne eine engagierte Klimaschutzpolitik des Bundes wird NRW seinen Beitrag aber nicht leisten können.

II. Beschluss:

Der Landtag Nordrhein-Westfalen fordert die Bundesregierung auf, die Kürzung der KfW-Programme zur Gebäudesanierung im Bundeshaushalt 2010 zurückzunehmen und in den Folgejahren zumindest auf gleichem Niveau fortzusetzen.

Angesichts der gewaltigen Herausforderungen bei der Bewältigung des Klimawandels und mit Blick auf die enorme Bedeutung dieser Programme für die mittelständische Bauwirtschaft stellt jedwede Reduzierung die Weichen in eine grundsätzlich falsche Richtung.

Norbert Römer
Britta Altenkamp
Thomas Eiskirch
André Stinka

Reiner Priggen
Sigrid Beer
Wibke Brems
Daniela Schneckenburger

und Fraktion

und Fraktion